

Der britische Journalist Finian Cunningham geht davon aus, dass Russland die USA vor einer Militärintervention in Venezuela gewarnt hat.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 046/19 – 15.04.19

Russland informiert die USA über seine rote Linie in Venezuela

Von Finian Cunningham

Strategic Culture Foundation, 22.03.19

(<https://www.strategic-culture.org/news/2019/03/22/russia-gives-us-red-line-venezuela.html>)

Es sieht so aus, als habe Russland auf einem hochrangigen Treffen, das diese Woche in Rom stattfand, den USA eine unmissverständliche Warnung zukommen lassen: Moskau werde ein militärisches Eingreifen der USA zum Sturz der mit Russland verbündeten venezolanischen Regierung nicht einfach hinnehmen.

Trotzdem hat Präsident Donald Trump auf der Pressekonferenz anlässlich des Besuches des brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro in Washington (s. dazu auch <https://www.handelsblatt.com/politik/international/brasiliens-staatschef-in-washington-trump-und-bolsonaro-staerken-die-allianz-der-rechtspopulisten/24122546.html>) erneut lautstark verkündet, die militärische Option sei immer noch auf dem Tisch. Es ist nicht klar, ob Trump damit nur bluffen wollte, weil er sich über die von Russland gezogene rote Linie geärgert hat.

Bei dem Treffen in der italienischen Hauptstadt müssen Elliot Abrams (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Elliott_Abrams), der "US-Sonderbeauftragte für die Wiederherstellung der Demokratie in Venezuela", und Sergei Ryabkow (s. <https://de.news-front.info/2018/09/25/sergei-ryabkow-usa-sollten-ihre-arroganz-ablegen/>), der stellvertretende Außenminister Russlands, über eine Angelegenheit großer Dringlichkeit gesprochen haben, denn das US-Außenministerium hat die Zusammenkunft der beiden erst drei Tage vorher angekündigt. Diese Annahme wird auch dadurch bestätigt, dass die zweistündige Begegnung in Rom in einem Hotel stattgefunden hat.

Abrams ist kein normaler Diplomat, sondern ein Experte für Regime Changes. Weil er in den 1980er Jahren in der Iran-Contra-Affäre und bei der Destabilisierung Nicaraguas (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Iran-Contra-Aff%C3%A4re>) eine zwielfichtige Rolle gespielt hat, wurde er von einem US-Gericht wegen Unterstützung terroristischer Aktivitäten (zu zwei Jahren Haft auf Bewährung) verurteilt. Dass Trump ihn zum Sonderbeauftragten für Venezuela gemacht hat, ist ein Beleg dafür, dass Washington auch einen Regime Change in Caracas plant. Ob es damit durchkommt, ist eine andere Sache.

Sergei Ryabkow, sein Gesprächspartner aus Moskau, ist bekannt für klare Worte, seit er Washington vorgeworfen hat, nach globaler militärischer Überlegenheit zu streben. Er nennt die Dinge beim Namen – zum Beispiel einen Kriminellen einen Kriminellen.

Der Meinungsauustausch, der in dieser Woche in Rom stattgefunden hat, wurde diplomatisch als "freimütig" und "ernsthaft" umschrieben, was im Klartext heißt: Da fielen deutliche Worte. In Venezuela herrschten während des Treffens chaotische Zustände – wegen der zahlreichen Stromausfälle, die nach Meinung des Kremls und vieler anderer Beobachter durch von den USA ausgehende Cyberangriffe verursacht wurden (s. dazu auch <https://amerika21.de/2019/03/223802/russland-stromausfall-venezuela>). Den Stromabschaltungen war ein erfolgloser Versuch Washingtons vorausgegangen, das venezolanische Militär

mit "humanitären Hilfslieferungen" an der Grenze zu Kolumbien zu provozieren (s. <https://amerika21.de/2019/02/222784/venezuela-humanitaere-intervention>).

Weil die bisherigen Bemühungen Washingtons, den gewählten Präsidenten Nicolas Maduro zu stürzen, nicht den erhofften Erfolg hatten, könnten die USA ihre Kampagne zur Destabilisierung des Landes verstärken, mit dem Ziel, ihrer Marionette Juan Guaidó, der sich im Januar auf Betreiben Washingtons zum "amtierenden Präsidenten" erklärt hat, doch noch zum Sieg zu verhelfen.

Weil sich mit den Stromabschaltungen keine Revolte der Zivilbevölkerung und kein Aufstand der Militärs gegen Maduro entfachen ließ, könnte Washington nun von der "militärischen Option" Gebrauch machen wollen.

In diesem Zusammenhang könnte es wichtig sein, dass Washington kürzlich seine restlichen Diplomaten aus dem südamerikanischen Staat abgezogen hat. US-Außenminister Mike Pompeo kommentierte den Abzug mit der Bemerkung, US-Diplomaten im Land könnten "den Handlungsspielraum der USA einschränken". Außerdem sollen US-amerikanisch Luftfahrtgesellschaften bereits letzte Woche ihre Flüge nach Venezuela stark reduziert haben. Auch das könnte darauf hindeuten, dass die USA militärisch eingreifen wollen – entweder direkt mit eigenen Truppen oder verdeckt durch Bewaffnung einheimischer "Aufständischer", wofür Abrams die nötige Erfahrung mitbrächte.

Nach dem Treffen in Rom stellte Ryabkow kurz und entschieden fest: "Wir gehen davon aus, dass Washington unsere Bedenken und Warnungen ernst nimmt."

Eine der Warnungen Ryabkows bestand vermutlich in der Mitteilung, Moskau werde keine US-Militärintervention in Venezuela zulassen.

Abrams hörte sich nach dem Treffen an, als habe er einen strengen Verweis erhalten. "Nein, wir waren nicht einer Meinung, unsere Gespräche waren aber positiv, weil beide Seiten die Ansichten der anderen Seite jetzt besser verstehen," äußerte er vor Reportern.

"Die Ansichten der anderen Seite besser verstehen" bedeutet, dass die US-Seite die rote Linie Moskaus zur Kenntnis nehmen musste.

Die Arroganz der US-Amerikaner ist immer wieder verblüffend. Nach US-Medienberichten scheint Abrams mit der Erwartung nach Rom geflogen zu sein, sich mit Ryabkow schnell auf einen "Machtwechsel" und einen "Übergangspräsidenten" für Venezuela verständigen zu können.

Seine Enttäuschung war ihm deutlich anzumerken, als er nach dem Treffen zugeben musste, man sei nicht einer Meinung gewesen, verstehe die andere Seite jetzt aber besser.

Washington will in Venezuela das gleiche Spiel wie in Syrien spielen. Während des achtjährigen Krieges in diesem Land haben die USA immer wieder einen "politischen Machtwechsel" gefordert, damit aber vor allem den Sturz des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad gemeint. Im Gegensatz dazu hat Russland unerschütterlich darauf bestanden, dass sich keine ausländische Macht in die Innenpolitik des souveränen Staates Syrien einmischen dürfe. Darüber habe nur die syrische Bevölkerung und zwar völlig unabhängig zu entscheiden.

Fast drei Jahre nach dem militärischen Eingreifen Russlands in Syrien, das (auf Wunsch der gewählten syrischen Regierung) erfolgte, um das arabische Land vor einem von den

USA wollten gewaltsamen Regime Change zu bewahren, hat die US-Seite ihre ursprüngliche Forderung nach einem "politischen Machtwechsel" offenbar aufgegeben. Syrien hat seine Souveränität vor allem deshalb behalten, weil Russland seinen arabischen Verbündeten energisch verteidigt hat.

Jetzt muss sich Washington in seiner unverbesserlichen Arroganz erneut von Russland in die Schranken weisen lassen – diesmal sogar in "seinem Hinterhof" Südamerika.

Russland wird nicht mit den Verschwörern in Washington, die einen Regime Change wollen, darüber verhandeln, wer Präsident Venezuelas werden soll und wie ein "politischer Machtwechsel" herbeigeführt werden könnte. Moskau hat unzählige Male wiederholt, dass Nicolas Maduro, der im letzten Jahr in einer freien und fairen Wahl mit überwältigender Mehrheit gewählt wurde, der legitime Präsident Venezuelas ist – auch wenn ihn eine von den USA angestiftete Opposition boykottiert.

Die Machenschaften, mit denen Washington versucht, den legitimen Präsidenten Maduro durch eine US-Marionette zu ersetzen, haben keinerlei Rechtsgrundlage. Es ist unstrittig, dass damit die Souveränität Venezuelas verletzt wird. Was maßt sich Washington eigentlich an?

Auch in Venezuela muss Russland die kriminellen US-Machthaber wieder dazu bringen, das Völkerrecht und die Souveränität des Landes zu achten – wie es das in Syrien getan hat.

Damit Washington jetzt nicht auf die Idee kommt, von der "militärischen Option" Gebrauch zu machen, hat Moskau diese Woche Abrams, dem US-Experten für Regime Changes, die rote Linie gezeigt. Wenn den Leuten in Washington der Verstand nicht vollständig abhanden gekommen ist, sollten sie nach ihrem Misserfolg in Syrien erkannt haben, dass Russland auch hinter Venezuela steht.

Mit politischem Druck und militärischer Gewalt können die USA nichts mehr ausrichten. Sie müssen das Völkerrecht und die Souveränität Venezuelas achten. Das ist die rote Linie die Moskau gezogen hat und die Washington nicht überschreiten sollte.

Die USA könnten es mit noch mehr Sabotageakten, Cyberangriffen oder finanziellen Zwangsmaßnahmen versuchen. Ihre Optionen sind aber begrenzter, als Trump glaubt.

Die Tage des imperialistischen Gehabes der USA sind gezählt. Sie können auch in Lateinamerika nicht mehr schalten und walten, wie sie wollen, und dazu haben auch der wieder gewachsene globale Einfluss und die neue militärische Stärke Russlands beigetragen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen, Wir hoffen, dass Finian Cunninghams Einschätzung zutrifft. Infos über ihn sind nachzulesen unter <https://www.rt.com/op-ed/authors/Finian-Cunningham/> . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



ONLINE JOURNAL

STRATEGIC CULTURE
F O U N D A T I O N

Russia Gives US Red Line on Venezuela

Finian Cunningham
22.03.2019

At a high-level meeting in Rome this week, it seems that Russia reiterated a grave warning to the US – Moscow will not tolerate American military intervention to topple the Venezuelan government with whom it is allied.

Meanwhile, back in Washington DC, President Donald Trump was again bragging that the military option was still on the table, in his press conference with Brazilian counterpart Jair Bolsonaro. Trump is bluffing or not yet up to speed with being apprised of Russia's red line.

The meeting in the Italian capital between US "special envoy" on Venezuelan affairs Elliot Abrams and Russia's deputy foreign minister Sergei Ryabkov had an air of urgency in its arrangement. The US State Department announced the tête-à-tête only three days beforehand. The two officials also reportedly held their two-hour discussions in a Rome hotel, a venue indicating ad hoc arrangement.

Abrams is no ordinary diplomat. He is a regime-change specialist with a criminal record for sponsoring terrorist operations, specifically the infamous Iran-Contra affair to destabilize Nicaragua during the 1980s. His appointment by President Trump to the "Venezuela file" only underscores the serious intent in Washington for regime change in Caracas. Whether it gets away with that intent is another matter.

Moscow's interlocutor, Sergei Ryabkov, is known to not mince his words, having earlier castigated Washington for seeking global military domination. He calls a spade a spade, and presumably a criminal a criminal.

The encounter in Rome this week was described as "frank" and "serious" – which is diplomatic code for a blazing exchange. The timing comes at a high-stakes moment, after Venezuela having been thrown into chaos last week from civilian power blackouts that many observers, including the Kremlin, blame on American cyber sabotage. The power grid outage followed a failed attempt by Washington to stage a provocation with the Venezuelan military over humanitarian aid deliveries last month from neighboring Colombia.

The fact that Washington's efforts to overthrow the elected President Nicolas Maduro have so far floundered, might suggest that the Americans are intensifying their campaign to destabilize the country, with the objective of installing US-backed opposition figure Juan Guaido. He declared himself "acting president" in January with Washington's imprimatur.

Given that the nationwide power blackouts seem to have failed in fomenting a revolt by the civilian population or the military against Maduro, the next option tempting Washington could be the military one.

It seems significant that Washington has recently evacuated its last remaining diplomats from the South American country. US Secretary of State Mike Pompeo commented on the

evacuation by saying that having US personnel on the ground “was limiting” Washington’s scope for action. Also, American Airlines reportedly cancelled all its services to Venezuela in the past week. Again, suggesting that the US was considering a military intervention, either directly with its troops or covertly by weaponizing local proxies. The latter certainly falls under Abrams’ purview.

After the Rome meeting, Ryabkov said bluntly: “We assume that Washington treats our priorities seriously, our approach and warnings.”

One of those warnings delivered by Ryabkov is understood to have been that no American military intervention in Venezuela will be tolerated by Moscow.

For his part, Abrams sounded as if he had emerged from the meeting after having been given a severe reprimand. “No, we did not come to a meeting of minds, but I think the talks were positive in the sense that both sides emerged with a better understanding of the other’s views,” he told reporters.

“A better understanding of the other’s views,” means that the American side was given a red line to back off.

The arrogance of the Americans is staggering. Abrams seems, according to US reporting, to have flown to Rome with the expectation of working out with Ryabkov a “transition” or “compromise” on who gets the “title of president” of Venezuela.

That’s what he no doubt meant when he said after the meeting “there was not a meeting of minds”, but rather he got “a better understanding” of Russia’s position.

Washington’s gambit is a replay of Syria. During the eight-year war in that country, the US continually proffered the demand of a “political transition” which at the end would see President Bashar al Assad standing down. By contrast, Russia’s unflinching position on Syria has always been that it’s not up to any external power to decide Syria’s politics. It is a sovereign matter for the Syrian people to determine independently.

Nearly three years after Russia intervened militarily in Syria to salvage the Arab country from a US-backed covert war for regime change, the American side has manifestly given up on its erstwhile imperious demands for “political transition”. The principle of Syrian sovereignty has prevailed, in large part because of Russia’s trenchant defense of its Arab ally.

Likewise, Washington, in its incorrigible arrogance, is getting another lesson from Russia – this time in its own presumed “back yard” of Latin America.

It’s not a question of Russia being inveigled by Washington’s regime-change schemers about who should be president of Venezuela and “how we can manage a transition”. Moscow has reiterated countless times that the legitimate president of Venezuela is Nicolas Maduro whom the people voted for last year by an overwhelming majority in a free and fair election – albeit boycotted by the US-orchestrated opposition.

The framework Washington is attempting to set up of choosing between their desired “interim president” and incumbent Maduro is an entirely spurious one. It is not even worthy to be discussed because it is a gross violation of Venezuela’s sovereignty. Who is Washington to even dare try to impose its false choice?

On Venezuela, Russia is having to remind the criminal American rulers – again – about international law and respect for national sovereignty, as Moscow earlier did with regard to Syria.

And in case Washington gets into a huff and tries the military option, Moscow this week told regime-change henchman Abrams that that's a red line. If Washington has any sense of rationale left, it will know from its Syria fiasco that Russia has Venezuela's back covered.

Political force is out. Military force is out. Respect international law and Venezuela's sovereignty. That's Russia's eminently reasonable ultimatum to Washington.

Now, the desperate Americans could still try more sabotage, cyber or financial. But their options are limited, contrary to what Trump thinks.

How the days of American imperialist swagger are numbered. There was a time when it could rampage all over Latin America. Not any more, evidently. Thanks in part to Russia's global standing and military power.

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern